

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Im Bereiche der *inneren Front* ist das Problem der möglichsten Stabilhaltung des Preis- und Lohngefüges in letzter Zeit deutlich in den Vordergrund getreten. Der Gotthard-Bund hat sich erneut zu diesem Punkt im Sinne einer möglichsten Zurückhaltung vernehmen lassen und seine Ausführungen haben weit herum Beachtung gefunden. Bis jetzt, so schreibt er in seiner jüngsten Vernehmlassung, habe sich die Schweiz im neuen Wirbel des Preisauftriebes am besten von allen Ländern aus der Affäre gezogen. Innert Jahresfrist stieg nämlich der Lebenskostenindex in den verschiedenen Ländern wie folgt:

Land	prozentuale Steigerung vom Juni 1950 bis Juni 1951
USA	9 %
Großbritannien	8,8%
Frankreich	20,6%
Deutschland	8 %
Italien	10,2%
Osterreich	22,6%
Dänemark	11,2%
Schweden	17,6%
Holland	12,6%
Kanada	10,3%
<i>Schweiz</i>	5,1%

Es ist wesentlich, daß dieses Verhältnis auch in Zukunft nach Möglichkeit beibehalten wird, und mit Recht hebt die Publikation des Gotthard-Bundes die Tatsache hervor, daß gerade die private Wirtschaft in dieser Richtung im Wege freiwilliger Übereinkommen eine erfolgreiche Initiative entwickelt hat, wie sie vor allem in der Vereinbarung über die Preislage in der Textilindustrie enthalten war. Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen mag man der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich durch die Ausrichtung der Teuerungszulagen an das Bundespersonal — deren indexmäßige Begründung gegeben, die Tendenz in der Durchführung im Sinne fortgesetzter Nivellierung indessen wenig begrüßenswert erscheint — die Entwicklung nicht allzu stark im Sinne eines wechselseitigen Lohn- und Preisauftriebes vollziehe. Allein vom inneren Sektor aus wird sich diese Hoffnung wohl nur sehr begrenzt verwirklichen, nachdem nunmehr auch für die Lohnverhältnisse der privaten Wirtschaft von allen Seiten Ansprüche angemeldet werden. Immerhin ist es möglich, daß hier der Lauf der Dinge in der Weltpolitik eingreift, indem er einer allzu

markanten Entwicklung in dieser Richtung den Boden entzieht. Auf dem Gebiete der Rohstoffmärkte ist jedenfalls heute schon eine merkliche Zurückhaltung unverkennbar, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß sich in absehbarer Zeit eine Lage einstellt, welche den Auftriebenden in unserem Lande von selbst eindeutig Grenzen setzt.

Von der *äußeren Front* wäre festzuhalten, daß die Konferenz von San Francisco keineswegs die Sensation gebracht hat, welche mancherorts erwartet, befürchtet oder — erhofft wurde. Die Delegation der Sowjetunion begnügte sich mit Protesten, und der Friedensvertrag mit Japan ist, mit Einschluß des Sicherheitsabkommens zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, innert der vorgesehenen Frist unterzeichnet worden. Inzwischen beginnen auch die Beschlüsse der westlichen Außenminister über die Einverleibung Westdeutschlands in die Koalition Gestalt anzunehmen, und die betreffenden Verhandlungen mit der Bundesregierung sind bereits in Gang gekommen. Freilich will das nun noch keineswegs bedeuten, daß etwa die Wiederaufrüstung Westdeutschlands bereits Tatsache würde. Ein endgültiger Beschluß darüber ist in den Vereinbarungen von Washington eindeutig von der Ratifikation der Verträge mit der Bundesregierung abhängig gemacht, und so werden das französische und das neue englische Parlament sich dazu zu äußern haben. Damit besteht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß diese Ratifikation sich nicht so schnell und nicht so ohne weiteres vollziehen wird. Seitens der Sowjetunion ist inzwischen bereits der erste Gegenstoß erfolgt und man kann annehmen, daß andere Gegenmaßnahmen ihm folgen werden. Am Ende wäre es nicht erstaunlich, wenn zu diesem Punkt die Gelegenheit einer neuen Verhandlungsphase ergriffen würde, die seit dem Jahrestag des Kriegsausbruchs in Korea in der Luft liegt. Leider ist zwar die Ausgangslage zu solchen Verhandlungen für den Westen wieder merklich ungünstiger geworden. Nicht daß die Rüstung vernachlässigt worden wäre, im Gegenteil; die Anstrengungen der Vereinigten Staaten nach dieser Richtung sind eher noch verstärkt worden, und selbst in den Ländern des europäischen Westens sind relativ angemessene Fortschritte festzustellen, so daß die letzten Monate dieses Jahres in dieser Beziehung unter günstigen Vorzeichen stehen. Andererseits ist aber die innere Lage des europäischen Westens wieder merkbar schlechter geworden; was man befürchten mußte, ist eingetreten. Die Rüstungskonjunktur hat ihre Schattenseiten in vollem Maße zur Entwicklung gebracht, und wenn nicht erneut eine massive amerikanische Hilfe einsetzt, dann wird man in diesen Ländern einem Winter der Not und der Unrast entgegengehen. In Frankreich und Italien erhält der Kommunismus wieder unverkennbar Auftrieb, und daß die Gefahr auch anderwärts keineswegs gebannt ist, das haben die Wahlen in Griechenland gezeigt.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Washington

Als die westlichen Demokratien sich entschlossen, wirksame Verteidigungsmaßnahmen gegen die kommunistische Aggression zu ergreifen, bestand auch schon die Gewißheit, daß

die Verbindungen mit Spanien

wieder aufgenommen würden. Man konnte sich nur fragen, wann und in welchem Maß die Spanier wieder in die Gesellschaft der westlichen Völker zugelassen würden und welche Rolle ihnen bei der gemeinsamen Verteidigung zugeteilt würde. Diese Entwicklung ist sicher heute noch weit von ihrem Ziel entfernt. Immerhin sind im Laufe des vergangenen Sommers wichtige Schritte zur Erreichung dieses Ziels unternommen worden. Sie sind weitgehend das Ergebnis der Verhandlungen, die der verstorbene Admiral Forrest P. Sherman in Madrid geführt hatte.

Die strategische Bedeutung der iberischen Halbinsel ist selbst dem Laien ohne weiteres klar, wenn er sich die Mühe nimmt, eine Landkarte Europas zu studieren. Die militärischen Führer, besonders die Marineoffiziere, haben sie zu keiner Zeit verkannt. In den Jahren unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, das heißt bevor der Atlantikpakt Wirklichkeit wurde, als Westeuropa völlig entblößt und ohne jede Verteidigung gegen einen möglichen russischen Angriff war, war die Ansicht weit verbreitet, daß nur die Pyrenäen eine wirksame Schranke böten, an der die Rote Armee vielleicht aufgehalten werden könnte. Man nahm an, daß wenigstens in Spanien für die freie Welt eine Hoffnung bestehe, auf dem europäischen Kontinent einen wenn auch noch so engen Stützpunkt zu halten, wenn die Kommunisten losschlagen sollten.

Damals hätten sehr viele hohe amerikanische Offiziere es sehr begrüßt, wenn die Demokratien mit Spanien ein Abkommen hätten treffen können, aber die innenpolitische Lage in den Vereinigten Staaten verunmöglichte ein derartiges Unterfangen, selbst wenn die Regierung Truman einen Versuch hätte wagen wollen. Obwohl die Amerikaner dem spanischen Volk im allgemeinen wohlgesinnt sind, haben die meisten von ihnen mit Abneigung und Verachtung auf Franco geblickt, seitdem er mit Unterstützung Hitlers und Mussolinis die Macht ergriff. In den Augen der meisten Amerikaner besteht kein großer Unterschied zwischen einem Falangisten, einem Faschisten und einem Nationalsozialisten. Die Vereinigten Staaten schlossen sich den Vereinten Nationen gerne und willig an, als sie ihre Botschafter und Gesandten aus Madrid abberiefen und die diplomatischen Beziehungen mit Spanien auf ein Minimum reduzierten. Die militärischen Führer mußten also jede Hoffnung aufgeben, mit Spanien irgendwelche Vereinbarungen zur Verteidigung treffen zu können.

Bis Ende 1950 hatten sich so viele Ereignisse eingestellt, daß das Bild der Gesamtlage völlig anders aussah. Die westliche Welt war sich der ihr drohenden Gefahr bewußt geworden und hatte die Nordatlantikpakt-Organisation geschaffen. Tito hatte gegen den Kreml revoltiert und die Vereinigten Staaten tätigten wieder Geschäfte mit ihm, obwohl Jugoslawien ein kommunistisch-totalitärer Staat geblieben ist. Überdies drängten einflußreiche Kreise in den Vereinigten Staaten unter Führung der katholischen Kirche zur Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Spanien und zur Hilfeleistung an das Franco-Regime. Der Kongreß stimmte für die Hilfe an Spanien, ohne von der Regierung dazu aufgefordert worden zu sein, ja gegen ihren Wunsch. Schließlich widerriefen die Vereinten Nationen ihre Abmachung, die sich gegen den vollen Ausbau ihrer diplomatischen Missionen in Madrid gerichtet hatte.

Die Bühne war also bereit für die Inszenierung militärischer Vereinbarungen, die noch vor vier Jahren scheinbar unmöglich gewesen waren. Präsident Truman

konnte sich nun darauf verlassen, daß seine gegen Franco eingestellten politischen Freunde ihn bei diesem Geschäft nicht im Stiche lassen würden, ja er durfte sogar hoffen, frische Unterstützung auf dem Gebiet der Innenpolitik zu erhalten, wenn er etwas zu Gunsten Spaniens unternahm. In dieser Situation, in der alles zu gewinnen und nichts zu verlieren war, erhielt der neue amerikanische Botschafter in Spanien, Mr. Stanton Griffis, die Weisung, sich mit Franco in Verbindung zu setzen, um das Thema der militärischen Stützpunkte zu besprechen. So wurde im Laufe des Winters 1950/51 das Fundament gelegt für Admiral Shermans Mission im vergangenen Juli.

Admiral Sherman,

dessen viel zu früher Tod die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten eines Soldaten und Staatsmannes ohne gleichen beraubte, war geradezu ideal geeignet für die Mission, während der er verschied. Als früherer Kommandant der amerikanischen Mittelmeerflotte kannte er wie keiner die Bedeutung der iberischen Halbinsel. Noch wichtiger ist heute aber, daß es in erster Linie die Kriegsmarine ist, die ein Interesse daran hat, sich Stützpunkte in Spanien zu sichern. Während die Atlantikpakt-Armee unter General Eisenhower langsam Gestalt annimmt, verblaßt bei den Offizieren der Erdtruppen der Gedanke immer mehr, die Pyrenäen könnten einmal als Verteidigungslinie in Betracht kommen. Auch die Kommandanten der Luftwaffe betrachten heute Spanien nur noch als bequem gelegenes Bollwerk der zweiten Linie, da ihre Pläne eine Kette von Flugbasen von Skandinavien bis nach Nordafrika, den mittleren Ozean und der Türkei umfassen.

Dagegen betonen die Flottenkommandanten auch weiterhin die Bedeutung Spaniens für ihre Pläne. Im Gedanken an die Notwendigkeit, die Zufahrtswege zum Mittelmeer offen zu halten, haben sie schon lange Bedenken geäußert über die Eignung Gibraltars als Hüterin jener Meerenge zwischen Europa und Afrika. Sie haben zum Beispiel schon lange erkannt, welch' ungeheuren Schaden feindliche Unterseegeschwader anrichten könnten, die in der Nähe der Zugänge zur Meerenge von Gibraltar postiert würden, und ohne die Möglichkeit von Seetransporten durch das Mittelmeer wäre es schwierig, wenn nicht unmöglich, kriegerische Unternehmungen in Nordafrika und im Nahen Osten durchzuhalten.

Um sich gegen diese Bedrohung zu schützen, möchten die Seekommandanten etwa an folgenden Orten

Marinestützpunkte

in Verbindung mit der Marineluftwaffe zur Bekämpfung von Unterwasserfahrzeugen einrichten: *Cadiz, Cartagena, El Ferrol* und, wenn möglich, auch auf den *Kanarischen Inseln* und den *Balearen*. Wenn die Demokratien dazu noch die Flugplätze von Madrid, Barcelona, Sevilla und Bilbao benutzen könnten, würde ihr Luftpotential erheblich gesteigert.

Obwohl die amerikanische Mission, die jetzt mit den Spaniern Detailfragen zu lösen versucht, vielleicht zu eindeutigeren Ergebnissen kommen wird, steht doch fest, daß zwischen Franco und Admiral Sherman keine genauen Vereinbarungen getroffen worden sind. Immerhin ist das ersehnte Ziel näher gerückt.

Es ist wahrscheinlich, daß als Folge der endgültigen Abmachungen nur sehr geringe, wenn überhaupt amerikanische Truppenbestände in Spanien stationiert werden. Es ist schwierig, die gegenwärtige Auffassung der amerikanischen Stabschefs in dieser Angelegenheit genau darzustellen, doch kann berichtet werden, daß Admiral Sherman seinerseits große Bedenken hatte, im Ausland starke Bestände an Land- und Seetruppen mehr oder weniger permanent zu stationieren. Nach seiner Ansicht tragen solche Vereinbarungen nicht dazu bei, das gute Einvernehmen zwischen Bundesgenossen zu fördern, besonders wenn der Lebensstandard der amerikanischen Militärpersonen beträchtlich höher ist als der der Bevölkerung, unter

der sie leben müssen. Viele Amerikaner sind der Ansicht, daß es tatsächlich militärisch ebenso vorteilhaft wäre, die spanische Regierung mit den nötigen Mitteln zu versehen und ihre Flugplätze und Flottenbasen zu modernisieren. Wenigstens fehlt es in Spanien nicht an Arbeitskräften. Wenn Amerika das Geld und das Material liefert und vielleicht auch noch die technische Leitung, dann sollte Franco imstande sein, die erforderlichen Verbesserungen der Anlagen auszuführen.

Der «Preis»,

den die Vereinigten Staaten für diese Vereinbarungen bezahlen müssen, wird wahrscheinlich die militärische und wirtschaftliche Hilfe an Spanien sein. Wenn das stimmt und wenn man annehmen darf, daß Franco ein zuverlässiges Mitglied des alliierten Teams sei, dann wird das Ergebnis nicht nur in der notwendigen und nützlichen Vermehrung der alliierten Militärflugbasen bestehen, die im Notfall von den Atlantikpaktmächten benützt werden können, sondern es wird eine wichtige, neue antikommunistische Macht in Westeuropa aufgebaut. Es ist wohl bekannt, daß die Spanier ausgezeichnete Soldaten sind.

Man sollte den französischen und britischen Protesten nicht zu viel Gewicht beimessen. Im Gegensatz zu Präsident Truman sind die Regierungen in London und Paris nicht in der Lage, mit den leidenschaftlich gegen Franco agitierenden Kreisen fertig zu werden. Tatsächlich aber sympathisieren die französischen und britischen militärischen Führer mit ihren amerikanischen Kameraden. Man weiß in Washington, daß die Angriffe gegen die amerikanische Spanienpolitik, die von London und Paris ausgehen, nur für die Innenpolitik der beiden Länder berechnet sind.

Die Unnachgiebigkeit der Russen in den letzten Jahren hat auf der ganzen Welt die seltsamsten Allianzen geschaffen. Das Musterbeispiel dafür ist natürlich die liebevolle Pflege der Beziehungen zu Tito. Unter den obwaltenden Umständen und angesichts der aus ihnen abgeleiteten Politik scheint das Vorgehen gegenüber Spanien logisch und unvermeidlich, wenn nicht sogar berechtigt. In den Vereinigten Staaten gibt es viele Leute, die mit Bitterkeit und Zweifeln die neue Spanienpolitik verfolgen. Andere trösten sich mit dem Gedanken, daß es besser ist, den bitteren militärischen und strategischen Tatsachen ins Gesicht zu sehen, solange der Friede nicht auf soliderer Grundlage ruht, wenn dabei auch die sozialen Reformen vorläufig vernachlässigt werden müssen. Das Lebenswichtigste hat den Vorrang, und die Verteidigung gegen jede Aggression ist heute von überragender Bedeutung.

Richard J. Davis

Bericht aus Portugal

Auf die Frage, warum man so wenig über politische Ereignisse in Portugal höre, antwortete ein portugiesischer Diplomat: «Was wollen Sie, ein glückliches Volk hat keine Politik!» Es ist hier nicht der Platz, zu entscheiden, ob sich das portugiesische Volk glücklich fühlt oder nicht, sicher aber ist, daß es keine Politik, kein politisches Leben in Portugal gibt, diese beiden Worte im demokratischen Sinn verstanden. Die Dynamik der «Nationalen Diktatur», wie Salazar eine Zeit lang sein Regime zu nennen liebte, hat sich im Erziehungswerk, im Hausbau, in der Lösung von Urbanisationsfragen, in der Errichtung ständischer Organisationen und Genossenschaften erschöpft, sie hat sich jedoch bewußt und gewollt auf politischem Gebiet nicht belebend ausgewirkt. Gewiß, das «Nationale Portugal» hat seine União

Nacional, seine Legião, seine Mocidade portuguesa, also seine «Nationale Einheitsfront», seine Hilfspolizei und seine Jugendorganisation. Aber diese Institutionen sind dazu ins Leben gerufen worden, politische Regungen aufzufangen und abzufangen, sie zu reglementieren und wie einen wilden Fluß in ein sorgsam vorbereitetes Bett mit hohen Quaimauern zu führen, die keine Hochflut überspielen kann. Politik in Portugal war immer Angelegenheit, man möchte sagen Steckenpferd einiger Weniger, etlicher Zirkel und Gruppen von Akademikern oder begüterten Leuten, die sich die Beschäftigung mit politischen Dingen leisten konnten. Das Volk verharrte uninteressiert, apathisch und nur dann und wann ließ es sich, von seiner Leichtgläubigkeit betört, zu wilden, kurz währenden Empörungstaten hinreißen und versank bald darauf wieder in seine Gleichgültigkeit. Heute aber ist Politik das Reservat eines Mannes und eines kleinen Kreises, den er an sich gezogen und erzogen hat.

Nur von Zeit zu Zeit erfolgt eine Unterbrechung dieser politischen Fastenzeit. Einen solchen Einschnitt stellten die

Präsidentenwahlen in diesem Sommer

dar. Wählerlisten wurden aufgelegt, die Opposition, die dem Gesetz nach gar nicht existieren dürfte, ernannte ihre Kandidaten und begann ihre Wahlpropaganda mit heftigen Angriffen gegen die Regierung, die hier zumeist so ungeschminkt und schlecht fundiert waren, daß man an ihrer Ernsthaftigkeit zweifeln mußte. Aber war denn die ganze Wahl ernst gemeint? Wer könnte glauben, daß ein Regime, das seine prinzipielle Gegnerschaft zu Liberalismus, Parlamentarismus und Demokratie bei mancher Gelegenheit betonte, das auch seine diktatorische Struktur niemals verhehlt hat, daß ein solches Regime sich einem Wahlergebnis unterwerfen, ja, daß es überhaupt einen freien Wahlgang zulassen würde! Das Programm der Regierung heißt zu jeder Zeit: *continuação*, Fortsetzung des von Salazar diktierten Kurses, das der Opposition hingegen, bar jeder konstruktiven Idee, erschöpft sich in dem einen Gedanken: Sturz des Regimes. Unter solchen Umständen konnte niemand im Ernst annehmen, die Regierung, die alle Machtmittel in den Händen hält, werde sich einem Diktum beugen, das nach Regeln zustande gekommen wäre, die das «Neue Portugal» seinem ganzen Wesen nach als veraltet oder für das portugiesische Volk als nicht geeignet ansehen muß.

Der Schwerpunkt der Präsidentenwahlen lag daher keineswegs bei der Auseinandersetzung zwischen Regime und Opposition, sondern bei der sich durchaus nicht von selbst ergebenden Bestimmung des Regierungskandidaten — und damit auch schon künftigen Präsidenten —, die von den Gruppen zu treffen war, denen das Gelingen der salazarschen Politik bis jetzt zuzuschreiben ist. Die Monarchisten nahmen die Gelegenheit wahr, die Restauration als das einzige Mittel zur Weiterführung des «Neuen Staates» auch nach dem Ausscheiden Salazars zu fordern, die Armee meldete ihren traditionellen Anspruch auf den Präsidentenposten an, ein Teil der katholischen Kreise wünschte Salazar selbst als Staatspräsidenten zu sehen und da und dort dachte man sogar daran, einen Liberalen der alten Generation, der dennoch seinen Frieden mit dem «Neuen Portugal» gemacht hatte und dafür mit dem Amt des Präsidenten der Nationalversammlung belohnt worden war, zum Staatsoberhaupt vorzuschlagen. Den Ausschlag gaben die Machtverhältnisse in Portugal und die vorsichtige, auf Bewahrung alter Bündnisse bedachte Politik Salazars. Kandidat der offiziellen «*União Nacional*» wurde General Craveiro Lopes, der Exponent der Armee, die durch ihren Staatsstreich im Jahre 1926 den «Neuen Staat» aus der Taufe gehoben hatte. Der neue Staatsoberhaupt war somit gefunden und die späteren Wahlen brachten nur mehr die formelle Bestätigung dieser Entscheidung, nachdem zur Vorsicht der eine Gegenkandidat von der Wahlbehörde abgelehnt und der zweite zum Verzicht gebracht worden war.

Wieder ist, nach wenigen Wochen wohl überwachter Freiheit und scheinbarer Aktivität, die portugiesische Politik regungslos und ereignisarm geworden, Ausdruck des Beharrungsvermögens des salazarschen «Neuen Staates», letzte der in den Zwanzigerjahren emporgetragenen Rechtsdiktaturen. Die Wahlen waren jedoch nicht unnützes Spiel. Sie schufen ein Ventil, da sie der Opposition Gelegenheit gaben, ihre Politik der im Sack geballten Faust und der Agitation am Kaffeestaumisch mit vor dem ganzen Volk erhobenen Anschuldigungen und öffentlichen Versammlungen, soweit ihnen die Lokale dafür zur Verfügung gestellt wurden, zu vertauschen, was sie für einige Zeit ihre Existenz in der Semiclandestinität vergessen ließ. Für die Regierung aber waren die Wahlen ein wertvolles Stimmungsbarometer und für die Staatspolizei eine günstige Gelegenheit, ihre Kontrollkartei zu überprüfen.

Die Wahlvorbereitungen erlaubten aber auch Einblick in die sonst so sorgsam verhüllte innenpolitische Lage Portugals zu tun und zwei ihrer schwächsten Stellen aufzuspüren. Zum ersten zeigte sich, daß

die Opposition

noch ebenso lebendig und chaotisch ist wie vor dem Staatsstreich der Offiziere. 25 Jahre des «Neuen Staates» haben nicht genügt, um sie auszuschalten, aber auch nicht, um sie zu einigen und zu der Reife zu führen, die sie als anzuerkennenden politischen Faktor im Leben Portugals erscheinen ließe. Salazar sagte mit Recht, daß jedes Nachlassen in der Wachsamkeit sofort wieder die Zustände heraufbeschwören würde, die zu Beginn dieses Jahrhunderts Portugal in seiner demokratischen Periode, die freilich nur eine Karikatur der Demokratie war, zu einem der verlorensten und ärmsten Länder Europas machte. Die Opposition ist nicht überwunden. Das zeigten früher die Attentate auf Salazar, zeigte 1945, nach dem Zusammenbruch Deutschlands, die Demonstration mehrerer tausend Arbeiter in Lissabon, die als Beginn eines Pronunciamentos gedacht war und wiederum die Menschen in Bewegung bringen sollte, die schon früher die Straßenkämpfe für einige ehrgeizige Politiker auszufechten hatten, das zeigte auch der versuchte, von selbst zusammengebrochene Offiziersaufstand einige Jahre später. Die Opposition ist stets putschbereit, sie ist über das ganze Land verbreitet und steckt in jedem, der nicht zum Regime gehört, und das sind nicht allzuvielen, aber sie ist negativ, zerstörerisch, auflösend. Wer vor dem Wahlgang mit den Politikern um den oppositionellen Admiral Quintão Meireles sprach, erfaßt den ganzen Abersinn der portugiesischen Opposition. Da waren Monarchisten, die zusammen mit Republikanern den «Neuen Staat» durch einen «Neuesten Staat» ersetzen wollten, da gaben sich Faschisten und Liberale die Hand zum politischen Bündnis, Männer, die einmal dem Regime Salazars nahe gestanden waren, sich später aber zurückgesetzt fühlten, versprachen, die «Nationale Diktatur» in ihrer ursprünglichen Reinheit wiederherzustellen und gingen zu diesem Zweck eine Allianz mit Anarchisten und sozialisierenden Katholiken ein. Man mußte diese Vereinigung von Ehrgeizigen, Unzufriedenen, Beute gierigen — einige lautere Charaktere und aufrichtige Demokraten ausgenommen, zu denen vor allem Admiral Meireles selbst gehört — kennen lernen, um das diktatoriale Regime Salazars besser zu begreifen.

Bildet die anarchische Opposition die eine Gefahr für Portugal, so liegt in der

Nachfolgefrage

die zweite beschlossen. Es ist zu einem stehenden Brauch geworden, bei einer Schilderung Portugals dem «Neuen Staat» die Anerkennung für seine beachtenswerten Leistungen auszudrücken, gleichzeitig aber seine Schwäche dadurch zu unterstreichen, daß man seine Existenz an diejenige seines Schöpfers, Oliveira Salazar, bindet, mit dessen Abgang auch das «Neue Portugal» unweigerlich zusammenbrechen müßte.

Solche Ansicht erregt regelmäßig den gekränkten Widerspruch der jungen «Generation von 1926», die Salazar ausgebildet und dazu berufen hat, sein Werk fortzuführen. Aber vielleicht weist gerade diese Reaktion der Empfindlichkeit auf die Richtigkeit des Urteils hin. Unzutreffend ist freilich, daß Salazar keine Nachfolger fände. Es gibt deren im Gegenteil zu viele, so daß gerade hierin das Problem für den «Neuen Staat» besteht. Schon die Schwierigkeiten bei der Auswahl des Staatspräsidenten erwiesen, daß die Anwärter zahlreich und die Meinungen einander widersprechend sind. Galt es diesmal nur, einen Repräsentanten zu finden, so würde die Bestellung des faktischen Leiters des Staates kaum ohne tiefgreifende Auseinandersetzungen vor sich gehen. Wie wenig Klarheit auf diesem Gebiet herrscht, läßt sich schon daraus erkennen, daß Salazar selbst noch nicht an die Regelung seiner Nachfolge geschritten ist und, wie einstmals Masaryk noch zu seinen Lebzeiten Benesch auf die Führung des Staates vorbereitete, den Mann bestimmte, der sein politisches Erbe zu verwalten hätte. Der Köpfe wären genügend vorhanden, wie Marcel Caetano, Präsident der Kooperativkammer, oder Costa Leite-Lumbrales, Minister der Präsidentschaft, die, was allerdings unterstrichen werden muß, ihre Leistungen unter der Führung Salazars, der wenig von den selbständigen Gedanken anderer hält, vollbrachten. Zu fragen ist ferner, ob das gleiche materielle Desinteressement, das der selbst asketisch lebende Sparsamkeitsfanatiker Salazar von seinen Mitarbeitern fordert, auch seine Nachfolger auszeichnen würde. Nach der Präsidentenwahl kamen fünf Minister um ihren Abschied ein und blieben nur auf Wunsch des neuen Staatspräsidenten noch einige Zeit weiter im Amt. Ihre Demission erfolgte nicht etwa aus politischen Motiven, sondern ganz einfach deshalb, weil sie mit dem ihnen von Salazar bewilligten Ministergehalt, von dem auch die Repräsentationskosten zu decken sind und der 10 bis 11 Contos (= 10—11 000 Escudos = 1500—1650 SFr.) betragen soll, ihr Auslangen nicht finden und ihnen Posten in der Privatwirtschaft verlockender erscheinen.

Doch Portugal ist nicht nur im Innern gefährdet. Der neue Staatspräsident selbst betonte, daß die Entwicklung der internationalen Lage Portugal leicht in das weltpolitische Spannungsfeld hineintreiben könnte. Der Kommunismus stellt freilich nur eine entfernte Gefahr für das Land am Rande Europas dar. Die Gefahrenzone liegt in einer anderen Richtung. Das abgedroschene, aber noch immer richtige Wort von Reclus, daß Portugal Europa den Rücken kehre und sein Gesicht dem Atlantik zuwende, hat besonders in politischer Hinsicht seine Gültigkeit. Die Außenpolitik des kleinen Landes mußte also darauf hinauslaufen, sich gegen das kontinentale Europa zu sichern und Schutz bei einer atlantischen Macht zu suchen. Daher schloß es sich seit Jahrhunderten an England an und war um ein erträgliches Verhältnis zu Spanien bemüht. In Perioden der Schwäche, die nicht selten in der Geschichte Portugals sind, fiel das kleine Land in nahezu vollständige Abhängigkeit entweder von seinem Nachbarn oder von seinem atlantischen Alliierten und Salazar war einer der wenigen portugiesischen Staatsmänner, denen es gelang, sowohl gute Beziehungen zu Spanien herzustellen, als auch sich von zu deutlicher Bevormundung durch England zu befreien.

Der iberische Pakt mit Franco

hat nur das eine Ziel, sich den großen Nachbarn, der eine latente Bedrohung der Selbständigkeit Portugals darstellt, vom Leib zu halten. Darum haben auch die kommunistischen Pläne zur Errichtung einer iberischen Sowjetrepublik unter Einfluß Portugals Salazar endgültig an die Seite der spanischen Nationalen getrieben. Ebenso hatte es Salazars geschickte Außenpolitik erreicht, sich bei aller Loyalität gegenüber England von diesem unabhängiger zu machen und auch dann den portugiesischen Standpunkt durchzusetzen, wenn dieser, wie etwa in der Nichteinmischungsfrage während des spanischen Bürgerkrieges, dem britischen entgegengesetzt war.

Heute jedoch ist alles in Frage gestellt. Der spanische Generalleutnant Kindelán umriß kürzlich die Aufgaben einer iberischen Strategie, in der Portugal bereits wie ein Teil Spaniens erscheint. Die amerikanische Politik gegenüber Spanien, die aus diesem Land den gefügigsten europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten machen soll, kann solche Tendenzen aus militärischen Gründen nur noch verstärken. Doch nicht nur von dieser Seite droht eine freilich noch nicht aktuell zu nennende Gefahr, sondern auch das «dem Atlantik zugewandte Gesicht Portugals» erblickt kaum Erfreuliches. Eben hat sich Amerika, durch die Erweiterung des Abkommens von Santa Maria aus dem Jahre 1944, Vorrechte auf den Azoren gesichert, die nicht auch automatisch für die übrigen Signatarmächte des Atlantikpaktes Geltung haben. Dies aber bedeutet nichts anderes als den ersten Schritt zur

Lösung Portugals aus der britischen Allianz,

die heute zu einer wirklichen Partnerschaft geworden ist, um es neuen Bindungen zuzuführen, über deren Natur jetzt noch nichts gesagt werden kann. Sicher aber wird Portugal damit in die britisch-amerikanische Spannung hineingezogen, was dem kleinen Land kaum Vorteile bringen dürfte. Daß die Abtretung von Luftstützpunkten auf den Azoren an die Amerikaner ein Werk Churchills ist und von diesem während des Krieges als Großtat gefeiert wurde, gibt dem ernstesten Geschehen seine ironische Note.

Ursprünglich hoffte Salazar, auch im Rahmen des Atlantikpaktes eine Art Neutralitätspolitik betreiben zu können, die ihn weder abermals in das Fahrwasser Englands noch in

Abhängigkeit von Amerika

bringen sollte. Nachdem Portugal zwei Jahre lang Marshall-Kredite bezogen hatte, verzichtete es auf weitere Zuschüsse und lehnte auch elf amerikanische Anleiheangebote ab. Allein die Erschließung der Kolonien, die erst unter Salazar richtig begonnen wurde, nötigte Portugal, dennoch amerikanische Hilfe anzunehmen und Sachverständige aus den USA auf einigen Gebieten zur Mitarbeit heranzuziehen. In welche Schwierigkeiten aber Portugal durch eine weitere Verknüpfung seiner Politik mit der Amerikas gelangen könnte, zeigte sich dieser Tage in Goa, dem portugiesischen Territorium in Indien. Die nationalen Parteien drohten mit nichts geringerem als dem Abfall, falls Lissabon den Amerikanern Stützpunkte in diesem Teil des portugiesischen Kolonialbesitzes abtreten würde. Die internationale Politik scheint also Portugal genau dorthin zu treiben, von wo es sich fernhalten wollte, nämlich in die große Weltspannung, die Metropole und Kolonialbesitz unweigerlich erschüttern muß. Der Ausspruch des neuen Staatspräsidenten Craveiro Lopes, daß Portugal in eine der schwersten Phasen seiner Geschichte eingetreten sei, ist zweifellos nicht ohne Grund gefallen.

Gustav Herrmann

Bericht aus der Türkei

Es ist hier seit einiger Zeit üblich geworden, von den Wahlen vom Mai 1950, die mit dem überraschenden Sieg der Demokratischen Partei endeten, als einer «Revolution» zu sprechen. Bei näherer Betrachtung der seitherigen Entwicklung zeigt sich jedoch, daß diese Ausdrucksweise nur eine recht beschränkte Berechtigung besitzt. «Revolutionär» kann man allenfalls das Maß der Personalveränderungen nennen, die immer noch andauern und sich in jüngster Zeit auch auf die Armee

erstrecken (anfangs September wurde die Pensionierung von einigen Dutzend Generälen und Obersten — im Interesse einer «Verjüngung» des Offizierkorps — bekanntgegeben). Abgesehen davon aber und von einer gewissen Liberalisierung der Wirtschaftspolitik einerseits, dem immer noch zunehmenden Einfluß religiöser Kreise und Strömungen andererseits hat sich

der Regimewechsel eher reaktionär als revolutionär ausgewirkt,

und speziell in der Außenpolitik wird nach wie vor der alte Kurs gesteuert.

Das hindert freilich nicht, daß in Parlament, Presse und Öffentlichkeit z. T. recht lebhafte Auseinandersetzungen über die angeblich oder tatsächlich von den früheren volksparteilichen Regierungen verschuldeten Mißstände bzw. die bisherigen Erfolge des Kabinetts *Menderes* geführt werden. Angesichts der Tatsache, daß am 16. September Parlamentsnachwahlen größeren Umfangs stattfinden werden, deren Vorbereitung sowohl seitens der Demokraten als auch seitens der Opposition mit größter Energie betrieben wird, da man ihrem Ausgang symptomatische Bedeutung beimißt, haben diese Auseinandersetzungen sich letzthin erheblich ausgeweitet und zugespitzt. Obwohl die große Mehrheit der Bauern, die bei den letzten Wahlen das Hauptkontingent der demokratischen Wähler stellten, nach wie vor für die Regierungspartei stimmen dürfte, steht zu vermuten, daß die Opposition, vor allem die Volkspartei, etwas besser abschneiden wird als vor anderthalb Jahren. Dazu hat u. a. beigetragen, daß sich im Frühsommer die schon vorher zu beobachtenden Fälle stark mehrten, in denen nicht nur in Wort und Schrift verschiedene durch den Gründer der Republik, *Kemal Atatürk*, eingeführte westliche Reformen bekämpft, sondern auch in Dutzenden von Orten, worunter die Hauptstadt Ankara, Denkmäler dieses großen Staatsmanns beschädigt oder zerstört wurden. Das rief den lebhaften Protest städtischer Kreise, insonderheit der jungen Intellektuellen, hervor und dürfte kaum den Absichten und Ansichten der Regierung entsprochen haben. Jedenfalls sah diese sich nach einigem Hin und Her gezwungen, ein Spezialgesetz zum Schutze des Andenkens an den Staatsgründer vorzulegen, das nach erhitzten Debatten schließlich vom Parlament angenommen wurde. Im übrigen entzündeten sich die innenpolitischen Diskussionen der letzten Zeit namentlich an einem (inzwischen ebenfalls Gesetz gewordenen) Regierungsentwurf, durch den das Vermögen der Oppositionspartei, vor allem die sogenannten Volkshäuser, überwiegend zugunsten des Staates enteignet wurde. Der Oppositionschef und frühere Staatspräsident *Ismet İnönü* und sein engster Mitarbeiter, der Generalsekretär der Volkspartei, *Kasim Gülek*, bezeichneten dieses Gesetz als verfassungswidrig, was einige demokratische Abgeordnete dazu veranlaßte, gegen İnönü persönliche Angriffe und Beleidigungen zu richten, bei denen die geschichtlichen Verdienste, die dieser sich speziell während des Krieges erworben hat, gänzlich außer acht gelassen wurden¹⁾.

In außenpolitischer Hinsicht ist zu bemerken, daß der von der Türkei seit Jahresfrist mit äußerster Zähigkeit geführte Kampf um die

Einbeziehung des Landes in den Atlantikpakt

nach wiederholten Rückschlägen nunmehr erfolgreich zu enden verspricht. Zwar haben immer noch nicht alle Mitglieder des Paktes ihre Zustimmung erklärt, doch ist es den Vorstellungen der türkischen Botschafter in London, Paris und Washington, nicht zuletzt auch den Bemühungen des Außenministers *Fuat Köprülü*, gelungen, Zusicherungen der drei großen Westmächte zu erlangen, die es wahrscheinlich machen, daß die Türkei (und vielleicht auch Griechenland) auf der Herbsttagung des Atlantikpaktrats offiziell zum Beitritt aufgefordert werden wird. Kein Zweifel, daß bei diesen

¹⁾ Inzwischen haben die Nachwahlen vom 16. September die demokratische Mehrheit bestätigt. *Die Schriftleitung.*

Stimmungsumschwung sehr weitgehend die Tatsache mitgewirkt hat, daß das Land sich seinerzeit ohne langes Feilschen bereit erklärte, ein Truppenkontingent nach Korea zu entsenden und daß der türkische Soldat dort erneut unter Beweis gestellt hat, über welch' ungewöhnliche militärische Tugenden er verfügt. Seit die Regierung der Zustimmung Großbritanniens gewiß sein kann, ist auch die zeitweilig zu beobachtende stark aggressive Haltung der türkischen Presse gegenüber diesem Lande wieder einer ruhig-freundschaftlichen Einstellung gewichen, was sich nicht zuletzt bei der Beurteilung des britisch-persischen Ölfeldkonflikts beobachten ließ. Immerhin legt aber das demokratische Kabinett mehr als seine Vorgänger Wert darauf, seine enge Verbundenheit mit den arabisch-islamischen Nachbarländern zu betonen, wie u. a. gelegentlich des offiziellen Besuchs deutlich wurde, den der afghanische Ministerpräsident im Juli dem türkischen Premierminister und Staatspräsidenten abstattete. Auf der andern Seite gab die Tagung der interparlamentarischen Union, die Anfang September in Istanbul stattfand, den Politikern des Landes Gelegenheit, wieder einmal ihre traditionelle diplomatische Geschicklichkeit zu beweisen und speziell der deutschen Delegation gegenüber zu betonen, wie stark der Türkei an einer Wiederherstellung der alten freundschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik gelegen ist.

Die Wirtschafts- und Finanzlage

weist keine wesentlichen Veränderungen auf. Was die Ergebnisse der großen Steuerreform anlangt, so waren sie enttäuschend, da einmal das Gesetzeswerk zahlreiche «loopholes» enthält und zum andern der Veranlagungsapparat noch nicht hinlänglich geschult ist. Der Finanzminister hat aber die nötigen Konsequenzen aus der Entwicklung gezogen, indem er sogleich eine Verschärfung der Steuerstrafen vom Parlament beschließen ließ und eine Kommission damit beauftragte, geeignete Maßnahmen zur Schließung der erwähnten Lücken — vor allem: eine zweckmäßige Form der Besteuerung landwirtschaftlicher Einkommen — auszuarbeiten. Auch Umsatz- und Erbschaftssteuer werden demnächst einer gründlichen Umgestaltung unterzogen werden, und die altmodische Viehsteuer wurde stark reduziert, um 1952 gänzlich abgeschafft zu werden. Von der an sich überfälligen Verwaltungsreform ist dagegen keine Rede.

Staats- und Marktwirtschaft leiden seit langem darunter, daß das Land seit zwölf Jahren relativ gewaltige Militärlasten zu tragen hat und, da typisch «underdeveloped», einen aus eigenen Mitteln nicht zu deckenden großen Kapitalbedarf aufweist. Die verschiedenen amerikanischen Hilfen sind zwar äußerst wichtig und wertvoll, reichen aber nicht aus. So sucht man ausländisches Privatkapital stärker an der türkischen Wirtschaft zu interessieren, und zu diesem Zwecke wurde kürzlich ein Gesetz erlassen, das für Auslandskapital hinsichtlich der Transfermöglichkeiten usw. erhebliche Erleichterungen vorsieht. Berücksichtigt man auch die relativ geringen Gewinnsteuern, die seit einem Jahre bestehen, sowie die Tatsache, daß die neue Regierung ernsthaft darum bemüht ist, den staatswirtschaftlichen Sektor, wenn auch nicht gerade absolut zu beschränken, so doch jedenfalls sich nicht weiter ausdehnen zu lassen, so sollte man meinen, daß die Vorbedingungen für eine stärkere Beteiligung fremden Kapitals gegenwärtig weitgehend gegeben sind.

Trotz mancher Schwierigkeiten entwickelt sich der Außenhandel nicht ungünstig, und Industrie- wie Agrarproduktion weisen eine langsame, aber stetige Aufwärtsentwicklung auf. Speziell die *Baumwolle*, die schon im vergangenen Jahre den Erzeugern und Händlern erhebliche Gewinne sicherte, verspricht auch jetzt wieder ein beachtlicher Devisenbringer zu werden, wird doch die Ernte 1951 auf 850 000 Ballen geschätzt, von denen 600 000 exportiert werden können. Überhaupt steht zu erwarten, daß, wenn einmal im Laufe der nächsten Jahre die z. T. erst geplanten, z. T. aber bereits in Angriff genommenen Wegebau-, Bewässerungs-, Maschinisierungs- usw. Projekte zur Durchführung gelangt sein werden, die türkische Agrar-

erzeugung einen beachtlichen Aufschwung nehmen wird. Im übrigen hat sich die Regierung entschlossen, den seit Jahren künstlich tief gehaltenen *Kohlepreis* den wirklichen Kostenverhältnissen entsprechend zu erhöhen. Das hat zwar zu einer nicht unerheblichen Verteuerung der Lebenshaltungs- und auch mancher Produktionskosten geführt, entspricht aber den Prinzipien einer liberalen Wirtschaftspolitik, wie sie vom Kabinett *Menderes* und dessen energischem Wirtschaftsminister *Muhlis Ete* verfolgt wird. Ob es dagegen richtig war, den *Zinsfuß* durch Dekret *künstlich* — von 8,5 % auf 7 % — herabzusetzen, wird auch demjenigen fraglich erscheinen, der an sich der Meinung ist, daß die Kreditteuerung mit zu den wichtigsten Faktoren des überhöhten Preisniveaus der heimischen Industrieprodukte gehört.

Militärische Umschau

Frankreichs militärische Sorgen

Direkt erhaltene Berichte von gut unterrichteter Seite ergeben folgendes Bild:

Die Lage Frankreichs nach dem Waffenstillstand

In Frankreich begegnet man vielfach der Ansicht, das Verständnis für seine militärische Lage sei in der Schweiz im allgemeinen wenig entwickelt. Zweifellos hat man bei uns Mühe, sich darüber Rechenschaft zu geben, in welchem Zustand die beiden Weltkriege Frankreich zurückgelassen haben.

Hie und da bezeichnen weitblickende Franzosen das Jahr 1918 als ihre große Niederlage. Der erste Weltkrieg hat Frankreich einer Führergeneration beraubt. In der Politik, in der Wirtschaft und in der Armee zeigt es sich, daß zu Viele, die heute als 50- bis 60-Jährige dem Lande dienen könnten, als junge Männer fielen.

Wenn auch im zweiten Weltkrieg die persönlichen Verluste zunächst geringer waren, wurde doch das Land in materieller Hinsicht sehr stark geschädigt. Die Zerstörung der Verkehrswege hatte wirtschaftliche Störungen zur Folge, die man sich bei uns nur schwer vorstellen kann. Frankreich ist groß genug, um auf einen wirklich leistungsfähigen Verkehrsapparat angewiesen zu sein, aber doch nicht so groß, daß die einzelnen Landesteile unabhängig voneinander existieren könnten. Dazu kommt, daß die Befreiung 1944 mancherorts alle Züge einer kommunistischen Revolution trug, wobei nach verschiedenen und durchaus glaubwürdigen Berichten 500 000 Menschen ohne Gerichtsverhandlungen hingerichtet wurden. Berücksichtigt man die Quelle dieses Terrors, überrascht es nicht, daß sich unter den Ermordeten viele befanden, die in ihrem Aktionsbereich klug und energisch gewirkt hatten.

Die militärische Bedeutung des Atlantikpaktes

Wenn der Atlantikpakt militärisch wirksam werden soll, müssen seine Mitglieder ihre militärische Selbständigkeit weitgehend aufgeben, denn moderne Streitkräfte sind komplizierte Gebilde. So stellt z. B. die Zusammenarbeit zwischen Erdtruppen und Fliegern zahlreiche Probleme der Verbindung, der Koordination und der Befehlstechnik. Improvisationen können nur Zufallserfolge zeitigen. Jedermann sieht ein, daß Geschütze und Geschosse zusammenpassen müssen, daß also durch

Standardisierung auf diesem Gebiet Munitionsfabrikation und -Nachschub wesentlich vereinfacht wären. Die Tatsache tritt weniger deutlich in Erscheinung, daß diese Vereinheitlichung bei den Verbindungsmitteln noch wichtiger wäre (Wellenlängen) und sich auf die ganze Rüstung (z. B. Motorfahrzeuge und Betriebsstoff) ausdehnen sollte. Schließlich aber nützt eine einheitliche Ausrüstung nicht viel, wenn man sich nicht gegenseitig versteht. Sprachkenntnisse genügen nicht. Es handelt sich darum, die Befehlstechnik des Bundesgenossen, die genaue Verwendung und Bedeutung seiner Fachausdrücke und vor allem seine operative Denkweise zu kennen.

Entsprechend der Rollenverteilung innerhalb des Atlantikpaktes üben diese Verhältnisse eine Bremswirkung auf alle nicht führend tätigen Staaten aus. Man scheut sich, sich materiell festzulegen, bevor ein gemeinsamer Generalstab seine Funktionen aufgenommen hat, denn man weiß, wer bei Differenzen nachgeben muß. Dieses Argument gewinnt an Bedeutung, sobald die Staatsfinanzen allgemein so belastet sind, daß sich eine Aufrüstung ganz unmittelbar und sehr rasch auf die Lebenshaltung des Volkes auswirkt. Dank diesem Umstand ist die Stellung der Rüstungsgegner stark, denn sie brauchen ihre wahren Gründe gar nicht preiszugeben.

Auf der anderen Seite weiß man in Frankreich, daß man «das nächste Mal» nicht allein sein wird und vom ersten Tag an die Hilfe mächtiger Bundesgenossen in irgendeiner Form wirksam sein wird. Dementsprechend fühlt sich die französische Armee als Vorhut der Armeen des Atlantikpaktes verpflichtet, ihnen eine möglichst gute Einsatzbasis zu erhalten. Die zahlreichen Wechsel schwacher Regierungen tragen nicht dazu bei, eine tragbare Lösung dieser Probleme rasch zu verwirklichen.

Alte Feinde — neue Feinde

Frankreich ist an der Frage der Remilitarisierung Deutschlands konkreter interessiert als irgend ein anderer Staat. Wenn bis zum Einsatz angelsächsischer Armeen Zeit gewonnen werden soll, muß auch die Frage des deutschen Beitrages zu dieser Verzögerungsaktion geklärt werden. Ob die Armeen des Ostblockes zwischen Elbe und Rhein zehn, zwanzig oder hundert Kilometer im Tag zurücklegen, kann nicht gleichgültig sein. Solchen verstandesmäßigen Überlegungen stehen gefühlsmäßige Reaktionen gegenüber. Wer 1940 bis 1945 in Indochina, Madagaskar, Nordafrika oder auch in deutscher Kriegsgefangenschaft weilte, widersetzt sich zwar im allgemeinen einer deutschen Wiederaufrüstung nicht. Die Möglichkeit, den Kampf weit jenseits des Rheins aufzunehmen und die Streitkräfte der Westmächte rasch um zweifellos hervorragende Truppenkörper zu vermehren, scheint wichtiger als die deutsch-französischen Gegensätze. Wer aber die deutsche Besetzung in Frankreich selbst mitmachte, kann noch nicht vergeben und vergessen. Dabei wird allerdings zwischen Wehrmacht und SS-Truppen scharf unterschieden. Man empfindet jede militärische Stärkung einer deutschen Regierung als den elementarsten französischen Interessen entgegengesetzt. Auch in dieser Frage erhält damit die extreme Linke erwünschten Zuzug von Leuten, die sonst nichts mit ihr zu tun haben wollen.

Frankreich führt seit Jahren in Indochina Krieg. Dieser Krieg frißt Kader, Mannschaften und Mittel, die eigentlich dem Aufbau einer neuen Armee dienen sollten. Auch das ruhmreiche französische Bataillon in Korea braucht Nachschub, bald 50 Mann, bald 100 Mann, mit ihren Führern, lauter Söhne, Väter, Brüder. Der Entscheid, ob diese Kriege geführt werden sollen und müssen, liegt nicht bei Frankreich. Was aber wären die innenpolitischen Folgen einer Preisgabe von Indochina und eines entsprechenden Erfolges des Ostblockes?

Die Stellung der Kommunisten in Frankreich ist ohnehin stark, weil sie nicht nur über eine mächtige, organisierte Partei verfügen, sondern daneben noch manchem etwas bieten, dessen Auffassungen sich nur sehr partiell mit den ihrigen decken. Damit wird aber die allgemeine Widerstandskraft untergraben. Denn wer mit

einer Partei in einigen Punkten einig geht, kann sie nicht als Feind Nr. 1 betrachten.

Dieser innere Feind macht sich im militärischen Sektor direkt bemerkbar, indem er die gesamte materielle Rüstung kontrolliert. Wie weit die Tatsache, daß heute in Frankreich kaum gerüstet wird, darauf zurückzuführen ist, daß die überwiegend kommunistische Arbeiterschaft eine solche Arbeit verweigern würde, ist schwer abzuschätzen. Es bestehen jedoch — wie in allen Industrien — sogenannte Flaschenhälse, die den Gang der ganzen Produkte beeinflussen. Von einem 50 000 kg schweren Panzerwagen können 49 998 kg bereitstehen; solange nicht 2 kg optischer Instrumente darauf montiert werden können, bleibt der Rest unverwendbar. Für einen Armeegegner genügt es somit, zu wissen, daß ein kleiner Teil der Arbeiterschaft wirklich folgsam ist. Der amerikanische Vorschlag, Frankreich solle auf eine eigene Rüstungsindustrie verzichten und vor allem Soldaten liefern, gewinnt dadurch an Bedeutung.

Die französische Armee — heute

Trotz allem besitzt Frankreich heute eine Armee von über 500 000 Mann. Entsprechend den eingegangenen Verpflichtungen ist sie von Deutschland bis in den Fernen Osten verzettelt, so daß man in der Metropole nur wenig Truppen vorfindet. Die sichtbaren Fortschritte im Ausbau der Armee sind zur Zeit bescheiden. Finanziell oft sehr eingeengt, bemüht man sich allerorts, deren Verstärkung anzubahnen. So werden z. B., in Anlehnung an Milizgebräuche, die Reserveoffiziere in Wiederholungskursen und durch außerdienstliche Tätigkeit einsatzfähig erhalten. Man trifft Techniker, die den Fernkurs der Panzerschule Saumur absolvieren, andere, die dem Übermittlungskurs angeschlossen sind. Es gibt analoge Kurse auch für Artilleristen und Generalstabsoffiziere.

Ein Kapital von höchstem Wert besitzt Frankreich in seinem aktiven Offizierskorps. Der persönliche Kontakt mit aktiven Offizieren ist ein Erlebnis, das einen tiefen Eindruck ihres Einsatzes, Könnens und ihres «hochgemuten Pessimismus» hinterläßt.

Miles